

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Garbe, Frau Nickels und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Sammelübersicht 90 des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
— Drucksache 11/3468 —

Der Bundestag wolle beschließen,
die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium für
Wirtschaft – zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, den 8. Dezember 1988

Frau Garbe
Frau Nickels

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Mit der Petition werden umfassende Initiativen zur sozialen
Neuordnung der Stahlindustrie gefordert.

In der von rund 190 000 Bürgern und Bürgerinnen unterstützten
Eingabe wird u. a. gefordert:

- Die Sicherung der Beschäftigung,
- die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen,
- der Ausbau des Kündigungsschutzes,
- der Ausbau der Montanmitbestimmung,
- und die Vergesellschaftung der Stahlindustrie.

Die von der Bundesregierung eingeleiteten und vereinbarten
Maßnahmen reichen nicht aus.

Kurzfristig müssen alle Stahlstandorte und -arbeitsplätze erhalten
bleiben. Staatliche Subventionen sollen unter der Auflage verge-
ben werden, daß sie zur Sicherung der Arbeitsplätze benutzt
werden.

Mittel- und langfristig sollen Ersatzarbeitsplätze in den betroffe-
nen Regionen geschaffen werden. Großzügige Umschulungs- und
Weiterbildungsmaßnahmen müssen Stahlarbeitern den Übergang
in stahlfremde Unternehmen erleichtern helfen.

Die Forderung zum Ausbau der Montanmitbestimmung unterstüt-
zen wir. Allerdings reicht dies zur Durchsetzung eines sozialen

und ökologischen Gesamtkonzeptes nicht aus. Deshalb ist die Vergesellschaftung der Stahlkonzerne ein notwendiges Mittel, um ein Gesamtkonzept für eine Krisenlösung entwickeln und durchsetzen zu können.